

Zhang Wenkang, dass China bereit sei, aktiv mit der WHO zusammenzuarbeiten. Doch den WHO-Experten wurde zunächst nicht gestattet, zwecks Ursachenfindung nach Guangdong zu reisen. Erst am 3. April konnte das Team die Lage in Guangdong selbst inspizieren, mit Krankenhaus- und Laborpersonal sprechen und die Kontrollmaßnahmen überprüfen.

Während das chinesische Gesundheitsministerium noch am 19. März behauptete, man habe die Krankheit effektiv unter Kontrolle, griff die Epidemie immer weiter um sich. Ende Februar waren allein in Guangzhou 680 Fälle der atypischen Lungenentzündung diagnostiziert worden, in der gesamten Provinz Guangdong waren es bereits 792 Erkrankungen und 31 Todesfälle. Zahlen über Erkrankungen in ganz China wurden auch im März nicht veröffentlicht, wahrscheinlich hatte sie das Gesundheitsministerium nicht, wie ein WHO-Vertreter vermutete. Bekannt wurde lediglich, dass die Erkrankung in Beijing und Shanxi aufgetreten war. Außerhalb Festlandchinas breitete sich das Virus immer schneller aus; am schlimmsten betroffen war Hongkong, wo am 25. März 286 Fälle mit zehn Todesfällen registriert wurden; Taiwan meldete Ende März zehn Fälle; in Singapur, Vietnam, Kanada und Europa wurden ebenfalls immer mehr Fälle bekannt.

In allen diesen Ländern und Gebieten waren die Behörden und die Öffentlichkeit aufgrund der chinesischen Verschleierungspolitik erst ab Mitte März auf die Krankheit aufmerksam geworden. Auch in der Vergangenheit war immer wieder zu beobachten, dass es zu Chinas Informationspolitik gehört, Krisen oder Probleme zunächst totzuschweigen. Dies war bei mehr als einer Katastrophe so, dies war auch bei der Verbreitung von AIDS in China so. Im Falle der Lungenkrankheit ist es unverständlich, dass die chinesischen Behörden so lange gewartet haben, bis sie das Ausmaß der Krankheit bekannt machten, denn schließlich ging es um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und nicht um eine politische Frage. Besonders in Hongkong ist die Bevölkerung erobost über die lange Verheimlichung der Krankheit durch die festlandchinesischen Behörden. Auf diese Weise wurden die Hongkonger Gesund-

heitsbehörden über das wahre Ausmaß der Seuche getäuscht und konnten nicht rechtzeitig Präventivmaßnahmen ergreifen. So verstrichen kostbare vier Monate, in denen man sich hätte vorbereiten können. Auch Taiwan übt scharfe Kritik an der Weigerung der VR China, Taiwan über die Krankheit zu informieren. Bei Taiwan kommt erschwerend hinzu, dass die WHO nicht mit dem Inselstaat kooperiert, weil die VR China Taiwans Mitgliedschaft blockiert. Ende März schließlich erklärte sich Beijing bereit, mit Taiwan Informationen auszutauschen.

Man kann den festlandchinesischen Behörden zugute halten, dass es bei Ausbruch der Krankheit sicherlich schwierig war, den Ernst der Lage zu erkennen. Die Ärzte behandelten die Krankheit denn auch zunächst wie normale Lungenentzündung. Auch war lange nicht klar, ob ein Zusammenhang mit den in Hongkong auftretenden Fällen gegeben war. Noch am 24. März, kurz nach Eintreffen des WHO-Teams in Beijing, gab es nach Mitteilung eines WHO-Experten keinen Nachweis für einen Zusammenhang zwischen der „atypischen Lungenentzündung“ in Guangdong und dem in Hongkong und anderen asiatischen Gegenden sowie in Europa und Nordamerika sich ausbreitenden SARS. Erst am 28. März war sich die WHO sicher, dass SARS seinen Ursprung in China hat; sie erklärte China umgehend zu einem Gebiet, in dem SARS grassiert. Erst von diesem Zeitpunkt an wurde die Krankheit in der VR China als SARS und nicht mehr als „atypische Lungenentzündung“ bezeichnet. Als Erklärung für das Verhalten der chinesischen Behörden mag auch gelten, dass man die Bevölkerung nicht beunruhigen und keine Panik verursachen wollte.

Dies alles rechtfertigt das chinesische Vorgehen jedoch keineswegs. Spätestens Anfang des Jahres, als sich die Todesfälle häuften und die Erkrankungen schon in die Hunderte gingen, hätte China die WHO anrufen müssen. Stattdessen hat es drei Monate gewartet, ehe die Öffentlichkeit Einzelheiten erfuhr, wobei die Seuche jedoch verharmlost wurde. Hätte China die WHO und die Öffentlichkeit eher informiert, hätte die weltweite Ausbreitung der Krankheit wahr-

scheinlich verhindert werden können. Dann hätten die benachbarten Gebiete, vor allem Hongkong, schneller reagieren und wirkungsvolle Prävention betreiben können. Chinas Verhalten kann nicht allein mit Unwissenheit entschuldigt werden. Es gibt Berichte, dass Reporter der staatlich kontrollierten Zeitungen Instruktionen hatten, keine selbstständige Berichterstattung über die Krankheit zu veröffentlichen, sondern sich an die regierungsamtlichen Mitteilungen zu halten. Außerdem sollten die Berichte nicht auf der Titelseite erscheinen und kurz gehalten werden. Das staatliche Fernsehen soll die Krankheit angeblich vollständig ignoriert haben.

Erst als das WHO-Team in Beijing weilte, erklärte sich das chinesische Gesundheitsministerium zur Zusammenarbeit mit der WHO bereit und versprach, täglich neue SARS-Fälle auf Provinzbasis zu melden sowie sein landesweites Überwachungssystem zu verbessern. Doch gerade hier scheint es in der Gesundheitspolitik zu hapern. Die Mängel des chinesischen Melde- und Kontrollwesens sind bekannt, sie beeinträchtigen auch die Gesundheitspolitik. Teils aus Nachlässigkeit, teils um nicht unangenehm aufzufallen, kommen die lokalen Verwaltungsämter häufig nicht ihrer Meldepflicht nach. Bürokratismus und mangelnde Koordination behindern eine schnelle und wirksame Eingrenzung der Seuche ebenso wie die fehlende Aufklärung der Bevölkerung über Schutzmaßnahmen. (Vgl. WSJ, 18., 27., 28., 31.3.03; XNA, 19., 20., 22., 25., 27., 28., 30.3.03; BBC PF, 26. u. 27.3.03.) -st-

Außenwirtschaft

21 Folgen des Irak-Krieges für die chinesische Wirtschaft

Chinesische Wissenschaftler schätzen die Auswirkungen des Irak-Krieges sehr unterschiedlich ein. Während einige den Krieg als regionalen Konflikt ohne größere Folgen für China betrachten, befürchten andere mittelfristig negative Auswirkungen für die chinesische Wirtschaftsentwicklung. Die

Einschätzungen hängen aber auch von der möglichen Dauer des Krieges sowie seinen Folgewirkungen für die Region ab.

Long Yongtu, ehemaliger stellvertretender Außenhandelsminister und Generalsekretär des Boao-Forums, geht bei einer kurzen Dauer des Krieges davon aus, dass China kaum Auswirkungen des Krieges spüren wird. Long weist als Grund vor allem auf die geringe Abhängigkeit des Erdölimports Chinas vom Irak hin. (XNA, 30.3.03)

Auch nach Einschätzung von Zhao Jinping, stellvertretender Direktor der Abteilung für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland beim Staatsrat, hat der Irak-Krieg nur einen sehr begrenzten Einfluss auf den chinesischen Außenhandel. So würden Chinas traditionelle Exportprodukte wie preisgünstige Konsumgüter nicht betroffen sein, dagegen müsse mit einem Rückgang der Ausfuhren von IT-Produkten in die USA gerechnet werden, die zu den wichtigsten Abnehmern dieser Kategorie zählten. (BBC PF, 20.3.03)

Li Zong, Wissenschaftler am Institute of World Economics and Politics bei der Chinese Academy of Social Sciences, erwartet dagegen aufgrund der negativen Auswirkungen des Irak-Krieges auf die US-Wirtschaft und die globale Wirtschaftsentwicklung auch eine Beeinträchtigung der chinesischen Ausfuhren. (BBC EF, 18.3.03)

Aus Sicht von Liu Fuyuan, stellvertretender Präsident der Academy of Macro-Economic Research in Beijing, hat sich der Irak-Krieg bereits negativ auf die chinesische Wirtschaft ausgewirkt, da der Aufbau einer strategischen Erdölreserve durch das hohe Preisniveau für Erdöl beeinträchtigt wird. (AWSJ, 20.3.03)

Durch den Anstieg der internationalen Erdölpreise hat auch China sein Preisniveau anheben müssen. Im Februar wurden die Einzelhandelspreise für verarbeitetes Erdöl um 6% erhöht. Zum 10. Februar d.J. wurde außerdem eine Verteuerung der Flugpreise auf den CAAC-Strecken eingeführt. Weiterhin gab es stärkere Preisfluktuationen bei Produkten, die Erdöl als Input benötigen. (BBC EF, 14.3.03)

China importiert inzwischen ein Drittel seines Erdölbedarfs, und die Golfregion zählt mit rd. 60% zu den wich-

tigsten Liefergebieten. Obwohl der Lieferanteil des Iraks mit 1% sehr gering ist, sieht die chinesische Regierung im Irak-Krieg eine Bedrohung der Energiesicherheit. Deshalb wurde der Aufbau einer strategischen Erdölreserve unterstützt, durch die Preisfluktuationen abgefedert werden sollen. Kurz vor dem Angriff der USA auf den Irak erfolgten umfangreiche Erdölkäufe, die nach Ansicht ausländischer Analysten – zusammen mit den Käufen von Japan, Indien und den USA – zu einem Preisanstieg weltweit geführt haben. Nach Einschätzung von Lu Jianren, Wissenschaftler an der Akademie für Sozialwissenschaften, sei es für China aufgrund seines durchschnittlichen Importvolumens von über 50 Mio. t Erdöl unbedingt erforderlich, eine strategische Erdölreserve anzulegen. Die USA verfügten über eine derartige Reserve für einen Zeitraum von sechs Monaten und Japan von 119 Tagen. Sollten aufgrund eines terroristischen Angriffes auf die Erdölfelder in Saudi Arabien oder Kuwait die Preise für Erdöl auf 80 oder sogar 100 US\$ pro Barrel steigen, könnte dies aus Sicht von Lu schwerwiegende Folgen für die chinesische Wirtschaft haben.

Im letzten Jahr stiegen die Erdölimporte Chinas nach Zollstatistiken um 15,2% auf 69,4 Mio. t bzw. 509 Mio. Barrel. Bis zum Jahre 2030 könnten die Einfuhren nach Berechnungen der International Energy Agency auf 84% des Erdölbedarfs bzw. auf 9,7 Mio. Barrel pro Tag steigen. Ersten Überlegungen zufolge könnte der Aufbau einer strategischen Erdölreserve bis zum Jahre 2005 einen Bedarf von rd. 30 Tagen umfassen, dies wären zwischen 15 bis 20 Mio. t. Allerdings wird wohl erst mit dem Aufbau begonnen werden können, wenn sich die Preise wieder normalisiert haben. (FT, 18.3.03)

Yang Weicai, stellvertretender Generalsekretär der China Petroleum and Chemical Industry Association, kündigte eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Stabilisierung der Erdölversorgung an. Hierzu zählen die Diversifizierung der Importkanäle, Erhöhung der eigenen Erdölförderung sowie die Beschränkung der Erdgasexporte. So soll mehr Erdöl aus Indonesien, dem Sudan und Venezuela eingeführt werden. Erdölbohrstellen, die aufgrund hoher Produktionskosten

stillgelegt worden waren, sollen wieder in Betrieb genommen werden. (XNA, 23.3.03)

Die Weichenstellung für Chinas Erdölpolitik wird die neu gegründete State Development and Reform Commission (SDRC) vornehmen müssen. Sie hat die Aufgabe, eine langfristige Strategie zur Sicherung des Erdölbedarfs unter den Rahmenbedingungen globaler Unsicherheiten des Energieangebotes und rückläufiger inländischer Produktionsentwicklung aufzustellen. Von der Wirtschafts- und Handelskommission (SETC) hat die SDRC die Überwachungsfunktion gegenüber der Energieindustrie übernommen. Hierzu zählen Gesamtplanung und Energiepolitik, die Preisregulierung und die Genehmigung von Energieprojekten mit einem Investitionsvolumen von mehr als 200 Mio. Yuan. Das ebenfalls neu gegründete Handelsministerium ist dagegen für Handelsfragen, insbesondere die Vergabe von Import- und Exportlizenzen sowie für die Genehmigung von sino-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen im Energiesektor zuständig. (AWSJ, 18.3.03)

Chinas Außenhandel mit dem Irak beläuft sich auf weniger als 1% des gesamten chinesischen Außenhandels. Allerdings gibt es zwischen 50-60 Unternehmen aus China, die im Irak engagiert sind. Diese sind vor allem im Bereich der Energieproduktion und im Bausektor tätig. Die China Machinery Equipment Import and Export Corp., die Shanghai Electric Corp. und die Dongfang Electric Corp. hatten Verträge über einen Wert von rd. 1 Mrd. US\$ mit dem Irak abgeschlossen. Die First Automobile Works, Chinas größter Automobilhersteller, lieferte Kfz-Teile in den Irak zu einem Wert von 100 Mio. US\$. (AWSJ, 20.3.03) -schü-

22 Produktionsausfälle und Konsumflaute durch SARS

Infolge des Ausbruchs der Lungeninfektion „Severe Acute Respiratory Syndrome“ (SARS) in der Volksrepublik China befürchten einige Bankvolkswirte eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums um bis zu 1%. Bereits im November 2002 war die Krankheit in der südchinesischen Provinz Guangdong ausgebrochen. Im dortigen Perlflossdelta befindet sich

die größte Ansammlung exportorientierter Industrien des Landes. Von den wirtschaftlichen Folgen der Krankheit ist auch Hongkong betroffen (siehe die Übersicht in der Rubrik SVR Hongkong). Die Weltgesundheitsorganisation sprach Anfang April erstmals seit Jahren eine förmliche Reisewarnung für Hongkong und Südchina aus.

Fluggesellschaften, Reiseanbieter und Hotels sind unmittelbar und am stärksten betroffen. Doch die Stornierungen von Urlaubs- und Geschäftsreisen haben auch negative Auswirkungen auf den Konsum. Einheimische bleiben mehr als sonst zu Hause, anstatt Geschäfte oder Restaurants zu besuchen. Im Rückgang des Reiseverkehrs und des Konsums sieht die Deutsche Bank die beiden Hauptfolgen der Epidemie für Asiens Wirtschaft.

Deutsche Unternehmen berichteten bis Ende März nicht von stärkeren Störungen des Geschäftsablaufs. Linde und BASF nannten keine negativen Einflüsse der Lungenkrankheit. Jedoch wurden bei BASF und Siemens Flugreisen der Beschäftigten beschränkt.

Wie stark die Wirtschaft von SARS betroffen ist, wird der weitere Verlauf der Epidemie entscheiden. Verschlechtert sich die Lage in China, rechnet die Bank BNP Paribas mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums von 0,2 bis 1%. „Das könnte das schlimmste Ereignis seit der asiatischen Finanzkrise werden“, sagte Andy Xie von der Investmentbank Morgan Stanley in Hongkong.

In einem negativen Szenario wären unter Umständen die Ausfuhren nach Deutschland beeinträchtigt. Sollte die Krankheit weiter grassieren, sei es nicht zumutbar, Mitarbeiter in die Region zu schicken, sagte der Präsident der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels, Jürgen Maas. Dies könne zu Engpässen bei der Warenbeschaffung führen. Im April findet in der Guangdong Provinzhauptstadt Guangzhou die halbjährliche Exportmesse statt. Bei der bedeutendsten Uhren- und Schmuckmesse der Welt, der Baselworld 2003, kam es bereits zu einem Eklat. Die Veranstalter wollten Mitarbeiter von 383 Ausstellern aus Hongkong, Vietnam, Singapur und China nicht zulassen, falls diese nach dem 1.

März ins Land gereist waren. Daraufhin drohten die betroffenen Aussteller mit Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe.

Analyst Jürgen Pieper von Metzler Equity Research erwartet für deutsche Firmen mit Asienbezug allenfalls kurzfristige Einbußen. Um die genauen Auswirkungen der Krankheit für die Konjunktur abzuschätzen, ist es jedoch noch zu früh. Doch die meisten Beobachter teilen die vorsichtige Einschätzung der Bank Schroder Salomon Smith Barney von Ende März, dass SARS ein zunehmendes Problem für die öffentliche Gesundheit sei, mit möglichen Implikationen für Volkswirtschaften und Märkte. Dass sich die Krankheit gar nicht negativ auswirkt, glaubt kaum noch jemand. (FAZ, 3.3., 29.3.03; *Financial Times Deutschland*, 1.4.03; FT, 30.3.03; HB, 2.4.03; NZZ, 29.3.03) -bö-

23 Langfristiger Rückgang des asiatischen Anteils an den Direktinvestitionen in China

Bei der Liste der zehn größten Herkunftsländer von Direktinvestitionen in China gab es im Rekordjahr 2002 kaum Veränderungen. Fast 20 der über 50 Mrd. US\$ an getätigten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) fanden über die Sonderverwaltungszone Hongkong den Weg ins Land. An zweiter Stelle stehen mit ADI von 6 Mrd. US\$ die Britischen Jungferninseln. Es folgten die Vereinigten Staaten, Taiwan, Japan, Südkorea, Singapur, die Kaimaninseln, Deutschland und Großbritannien. Gegenüber 2001 blieb die Zusammensetzung dieser Gruppe gleich, jedoch überholte Taiwan Japan, und die britischen Kaimaninseln tauschten den Platz mit Deutschland.

In einer Analyse der Jahre 1986 bis 2002 beschreibt das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation (MOFTEC) drei langfristige Entwicklungen. Erstens ist der Anteil der Direktinvestitionen aus Asien gesunken. Stammten bis Anfang der 90er Jahre praktisch die gesamten ADI aus Asien, und hier vor allem aus Hongkong, Macau und Taiwan, so liegt der Anteil heute bei 73,66%. Innerhalb der Direktinvestitionen aus Asien nehmen die Investitionen aus

Japan seit 1993 einen wachsenden Anteil ein.

Zweitens sind die ADI-Zuströme aus Europa und den Vereinigten Staaten uneinheitlich verlaufen. Dies liegt zum Teil an Sonderfaktoren wie etwa einigen Großprojekten. Außerdem stellte das MOFTEC fest, dass die Entwicklung der zugesagten Direktinvestitionen von Europäern und Nordamerikanern weitgehend der Wirtschaftsentwicklung in China folgt. Auf eine Verlangsamung 1995 folgte ein Anziehen ab 1998, eine Verlangsamung 1999 und ein starker Anstieg 2002. Dagegen zeigten die realisierten Direktinvestitionen ein stetiges Wachstum. Drittens steigt der Anteil von ADI aus Steueroasen wie den Jungferninseln und den Kaimaninseln. Chinesische Unternehmen nutzen den Umweg über diese Offshore-Finanzplätze, um in den Genuss von Vergünstigungen für Auslandsunternehmen zu kommen.

Mittelfristig prognostizierten die Autoren einen Anstieg des europäisch-amerikanischen Anteils an den ADI. Hauptgrund hierfür sei die Öffnung des Finanzsektors und der Telekommunikation infolge des WTO-Beitritts. (CEN, 17.3.03)

AUSLÄNDISCHE INSTITUTE PLANEN ERSTE A-AKTIEN-FONDS

Zwei US-Investmentbanken, Goldman Sachs und Morgan Stanley, wollen in Kürze erste Investmentfonds anbieten, deren Portfolio aus chinesischen A-Aktien bestehen wird. Eine Reihe weiterer Institute, darunter die Deutsche Bank, planen ähnliche Fonds aufzulegen. Im November öffnete die Regierung das zuvor chinesischen Staatsangehörigen vorbehaltene A-Segment des Aktienmarkts für ausländische institutionelle Anleger, die eine Reihe von Vorschriften erfüllen müssen (siehe Vorschriften für „Qualified Foreign Institutional Investors, QFII“, abgedruckt in C.a., 2/2003). Morgan Stanley und Goldman Sachs sollen angeblich für die noch nicht genehmigten Fonds zunächst eine Marktkapitalisierung von 100 bis 200 Mio. US\$ anstreben. Zum Vergleich: Die Börsenkapitalisierung in China beträgt derzeit etwa 500 Mrd. US\$. (AWSJ, 6.3.03)

-bö-

24 **Regierungsvertreter verteidigt „flexiblen“ Yuan-Wechselkurs gegen Kritik aus den USA**

In einer Rede auf dem Nationalen Volkskongress (NVK) Anfang März hat der Direktor der chinesischen Währungsadministration, Guo Shuqing, auf die anhaltende Debatte über die Anbindung des chinesischen Yuan an den US-Dollar reagiert. Die Stabilität des Renminbi habe das Vertrauen in die chinesische Währung gestärkt und zur wirtschaftlichen Stabilität der Nachbarländer und der Welt beigetragen, sagte Guo. Das gegenwärtige Wechselkurssystem befindet sich in Einklang mit Chinas wirtschaftlicher Situation. Zudem habe sich der Yuan durchaus nicht statisch entwickelt, sondern es habe gewisse Auf- und Abwertungen im Rahmen der begrenzten Flexibilität gegeben.

Am Ende des vergangenen Jahres wurde der Yuan bei einem Kurs von 8,2773 zum US-Dollar gehalten, was einer nominellen Aufwertung von 5,1% gegenüber dem Zeitpunkt der Einführung des gegenwärtigen Wechselkursregimes im Jahr 1994 entspricht. Die nominelle Aufwertung zum Euro habe in diesem Zeitraum 17,9% betragen. Beim effektiven Wechselkurs, also unter Einbeziehung der Inflation, betragen die Kursveränderungen 17% zum US-Dollar und 42% gegenüber dem Euro. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds stieg der nominelle, effektive Kurs des Renminbi gegenüber den Währungen von Chinas wichtigsten Handelspartnern zwischen 1994 und 2002 nominal um 13,9%, unter Berücksichtigung der Inflation um 21,5%.

Kritiker der chinesischen Position halten dagegen, dass dieser Anstieg des Yuan-Kurses völlig ungenügend sei und die wahre Dynamik der chinesischen Wirtschaft nicht widerspiegeln. In den USA gewinnt das Lager derer, die China als Exporteur von Deflation sehen und eine Aufwertung des Yuan fordern, weiter an Zulauf. Das konservative *Wall Street Journal* sprach sich in einem Leitartikel ebenso für eine Aufwertung des Wechselkurses aus wie der Industrieverband U.S. National Association of Manufacturers. US-Hersteller sind beunruhigt,

weil sich die Güterausfuhren aus China trotz des abflauenden Welthandels dynamisch entwickeln. Im Januar und Februar d.J. nahmen die chinesischen Exporte um 32,8% zu. Diese Zahlen dürften die Sorgen protektionistisch gesinnter Kreise bestärken, denen schon das Handelsbilanzdefizit der USA von 103 Mrd. US\$ gegenüber China im Jahr 2002 missfallen hat.

Dennoch hält etwa der Chefökonom der Investmentbank J.P. Morgan in New York, John Lipsky, die Vorwürfe an die Adresse Chinas für nicht gerechtfertigt. „Ist China die Quelle weltweiter Deflation? Wohl kaum. Es ist einfach nicht groß genug dafür“, sagte Lipsky und verwies darauf, dass China einen Anteil von lediglich 6% am globalen Handel habe. Die Hauptursache der globalen Deflation seien signifikante Überkapazitäten in den Industrieländern. Trotzdem werde Kritik an China populärer werden, sagte Morgan-Stanley-Währungsexperte Stephen Ren.

Nach den Worten von Guo Shuqing zu urteilen, ist Chinas Währungsaufsicht allenfalls bereit, schrittweise das enge Band auszuweiten, in dem sich der Yuan bewegt. Auch dies wird wohl erst geschehen, wenn die gegenwärtige Unsicherheit aufgrund des Irak-Krieges und der Lungeninfektion SARS abgeklungen ist. Alternative Strategien, etwa die Freigabe des Wechselkurses oder eine einmalige Anpassung, bergen gegenwärtig zu viele Risiken. Mittelfristig wird sich China jedoch mit dem Ungleichgewicht bei der Zahlungsbilanz auseinandersetzen müssen, dass die Stabilisierung des Wechselkurses mit sich bringt. Im vergangenen Jahr stiegen die Währungsreserven um 74,2 Mrd. US\$ auf 286,4 Mrd. US\$, was einem Viertel des chinesischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. (AWSJ, 4.3., 10.3.03; BBC PF, 10.3.03; HB, 24.3.03; NZZ, 6.3., 20.3.03; XNA, 11.3., 13.3., 23.3., 30.3.03) -bö-

25 **BMW beginnt Produktion im alten Zentrum der chinesischen Schwerindustrie**

„Standort als Goldgrube für die Autoindustrie“ lautete eine der Schlagzeilen anlässlich der Vertragsunterzeichnung für das Joint Venture zwischen

BMW und Brilliance in der Stadt Shenyang. Gemeint war wohl eher die Volksrepublik insgesamt, nicht die Stadt Shenyang in der nordostchinesischen Provinz Liaoning, die sich BMW als Produktionsstandort ausgesucht hat. Nach 1949 wurde Shenyang ein Zentrum der chinesischen Schwerindustrie. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen 1978 begann für die Stadt wie für die gesamte Region eine schwierige Zeit. Im Nordosten waren die Auswirkungen des Arbeitsplatzabbaus durch die Staatsbetriebe besonders deutlich zu spüren. In diesem Landesteil gab es immer wieder größere Arbeiterproteste.

Doch neben stillgelegten Fabriken besitzt Liaoning bis heute eine relativ gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur und ein großes Reservoir an Facharbeitern und Ingenieuren. Diese Vorteile scheinen sich nun auszuzahlen. General Electric und Alstom haben hier investiert, ebenso wie 100 der 500 größten Unternehmen der Welt, vermeldet die Provinzregierung. Und am 27. März hat BMW die Verträge für das Gemeinschaftsunternehmen mit dem vor zehn Jahren gegründeten chinesischen Autobauer Brilliance unterzeichnet. Insgesamt 450 Mio. Euro wollen die Geschäftspartner bis 2005 investieren. Brilliance und BMW halten je 50% am gemeinsamen Unternehmen. Bis 2006 ist eine jährliche Produktion von 30.000 Fahrzeugen geplant. Im vergangenen Jahr hat BMW in China knapp 6.700 Fahrzeuge abgesetzt. In der zweiten Jahreshälfte 2003 soll die 3er-Serie, ein Jahr später dann die 5er-Serie erstmals in Shenyang vom Band laufen.

Obwohl der Durchschnittsverdienst unter 300 Euro im Monat liegt, gibt es eine wachsende Nachfrage für Luxusautos, denn das Einkommensgefälle in der Volksrepublik ist groß. Die neuen Reichen sind außerdem extrem markenbewusst. General Motors ist bereits mit der Marke Buick vertreten. Primus im Luxussegment ist jedoch Audi mit einem Anteil von 44%. Angesichts des erwarteten scharfen Wettbewerbs ausländischer und einheimischer Unternehmen um den Wachstumsmarkt China ist besonders hervorzuheben, dass lokale Hersteller sich auf das untere und mittlere Preissegment konzentrieren. BMW, Audi und der noch in Verhandlungen mit poten-

ziellen chinesischen Partnern stehende Autobauer DaimlerChrysler müssen daher nicht fürchten, von staatlicher Seite zugunsten eines chinesischen Unternehmens benachteiligt zu werden.

Der BMW-Partner Brilliance ist Marktführer bei Kleinbussen, stieg jedoch erst vor neun Monaten in die PKW-Produktion ein. Teile des Managements befinden sich in einem Rechtsstreit mit dem ehemaligen Vorstandschef Yang Rong, der den Verkauf von knapp 40% der Unternehmensanteile an die Provinzregierung von Liaoning für nicht rechtmäßig hält und die Anteile weiterhin für sich beansprucht. Zur Verhandlung kommen wird es in Bermuda, wo Brilliance registriert ist.

Als Nachteil für das Joint Venture könnte sich die räumliche Distanz des Standorts Shenyang zu den Hauptabsatzregionen in Südchina erweisen. Dies gilt für wichtige Zulieferer, die sich zumeist um die Zentren des chinesischen Autobaus in Shanghai und Wuhan angesiedelt haben. Zu Changchun, dem nordöstlichen Zentrum der Automobilindustrie bestehen dagegen relativ gute Verkehrsverbindungen. (CEN, 10.3.03; FAZ, 15.3.03; FT, 28.3.03; HB, 17.3., 28.3.03; NfA, 18.3., 28.3.03) -bö-

26 Veredlungshandel dominiert bei Elektronik-Ausfuhren mit rd. 100 Mrd. US\$

Neben den niedrigen Lohnkosten gibt es einen weiteren Faktor, der China zu einem vielversprechenden Fertigungsstandort macht. Die Cluster-Bildung etwa im Perlflossdelta der Provinz Guangdong führt zu kurzen Lieferketten. So beansprucht etwa die Sonderwirtschaftszone Shenzhen 80% der Weltproduktion an Fotokopierern für sich. (FT, 3.2.03) Elektronikexporte im Wert von rd. 100 Mrd. US\$ (2002) scheinen die Bedeutung Chinas als „Werkbank der Welt“ zu unterstreichen. Wird jedoch der Wert der Elektronikimporte, insbesondere Zwischenprodukte und Komponenten, davon abgezogen, bleiben unterm Strich Nettoausfuhren von 11 Mrd. US\$. Chinas Technologieexporte entstehen immer noch zu einem Großteil aus Weiterverarbeitung und Zusammen-

bau von importierten Komponenten, sagt Jonathan Andrews, der Leiter des China-Teams bei Goldman Sachs. (FT, 24.2.03)

Um in der Wertschöpfungskette aufzurücken, streben lokale Hersteller die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen an. Als Gegenleistung für Technologietransfer können sie ihre Vertriebsnetze im heimischen Markt einbringen. Ein Beispiel ist die Kooperation zwischen dem japanischen Unternehmen Panasonic und der chinesischen TCL-Gruppe, die außerdem Fernsehgeräte des niederländischen Herstellers Phillips vertreibt. Das chinesische Unternehmen Hai'er nutzt darüber hinaus auch die Vertriebsstrukturen seines Partners San'yo in Japan.

Die beiden Ziele der Expansion auf ausländischen Märkten wie bei Hai'er und des Erwerbs von fortgeschrittener Technologie wie bei TCL haben im vergangenen Jahr noch zu einer Reihe von weiteren Gemeinschaftsprojekten geführt. Die chinesische Konka-Gruppe entwickelt neue Produktmodelle gemeinsam mit Samsung aus Südkorea. Der Heimelektronik-Hersteller Hisense gründete ein 50:50-Joint-Venture mit dem Sumitomo-Konzern, um Hisense-Produkte in Japan zu vertreiben. Angesichts der großen Zahl neuer Kooperationsprojekte erklärte die Wochenzeitung *China Economic News* 2002 zum „Jahr der chinesisch-ausländischen Zusammenarbeit bei der Heimelektronik“. (CEN, 3.3.03)

STÄDTISCHER ABSATZMARKT FÜR FARBFERNSEHER BEREITS SATURIERT
Im Jahr 2002 wurden in China 1.400 Mrd. Yuan mit Elektronik und IT-Produkten umgesetzt, ein Anstieg von 20% zum Vorjahr. Für das laufende Jahr erwartet das Ministerium für die Informationsindustrie wiederum ein Plus von knapp 20% auf 1.640 Mrd. Yuan. Um jedoch mittelfristig die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre beizubehalten, müssen chinesische Hersteller von Heimelektronik auf einen Anstieg der ländlichen Einkommen hoffen, oder Kunden für neue Produktgruppen gewinnen. Denn im Jahr 2000 besaßen bereits 99,3% aller städtischen Haushalte in China einen Farbfernseher. Auf hundert Haushalte kamen durchschnittlich 90 Waschmaschinen und 80 Kühlschränke.

Im Jahr 2001 lebten 38% der Chinesen in Städten. Ihre Konsumausgaben pro Kopf waren mehr als dreimal so hoch wie der ihrer Landsleute außerhalb der urbanen Zentren. Auf dem Lande ist häufig weder das Einkommensniveau noch die nötige Infrastruktur vorhanden, um eine starke Nachfrage für Heimelektronik zu erzeugen. Dort hatten im Jahr 2000 weniger als die Hälfte der Haushalte (bezogen auf 100 Haushalte) einen Farbfernseher, 12 von 100 Haushalten Kühlschränke und 28 Haushalte Waschmaschinen. Hoffnung für einen weiterhin dynamisch steigenden Konsum gibt den Herstellern die rasch fortschreitende Urbanisierung. Im Jahr 2010 sollen 50% der Chinesen in Städten leben, was zu einem Anstieg der verfügbaren Einkommen führen sollte.

Für einige Produktgruppen gibt es auch in den Städten noch eine große Zahl von potenziellen Erstkäufern. Nur in 18% der Haushalte sind Mikrowellen vorhanden, weniger als ein Drittel verfügt über Klimaanlage. (CEN, 3.3., 10.3.03) -bö-

Binnenwirtschaft

27 Wirtschaftspolitische Grundaussagen auf dem X. NVK

Die alle fünf Jahre stattfindenden Nationalen Volkskongresse spielen für die wirtschaftspolitische Programmatik der chinesischen Regierung eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt des Regierungsberichts, den jeweils der Ministerpräsident vor dem Nationalen Volkskongress (NVK) hält, steht ein Rückblick auf die vorangegangenen fünf Jahre der Wirtschaftsentwicklung. Weiterhin werden wirtschaftspolitische Schwerpunkte für die nächsten Jahre präsentiert. Auf dem NVK spiegeln sich somit die Vorstellungen der Regierung zur mittel- und langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wider.

Zwei zentrale Themen standen im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Programmatik auf dem X. NVK, und zwar 1) Maßnahmen zur Bewältigung der binnenwirtschaftli-